

einfachere Angebote bringen, und (3) Sonderrouen, die an bestimmten Themen (z.B. religiöse oder archäologische Reisen, Reisen für Sport, für die Ausbildung in der Kampfkunst (Wushu) etc.) orientiert sind.

Das Staatliche Touristikamt betont, daß es bei der Entwicklung der Touristik nicht allein darauf ankommt, "mehr Devisen einzunehmen", sondern daß darauf "Wert gelegt wird, daß mehr Menschen China besser kennen und verstehen lernen" (sic!) (BRu 1991, Nr.13, S.34). -we-

Innenpolitik

*(8)

4. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses und Jahrestagung des PKCV-Nationalkomitees

Der VII. Nationale Volkskongreß (NVK) trat vom 25. März bis zum 9. April 1991 zu seiner 4. Tagung zusammen. An der diesjährigen Plenartagung des chinesischen Mammutparlaments nahmen rund 2.700 Abgeordnete teil. Zu den wichtigsten Beschlüssen zählten:

- Ernennung von Zou Jiahua (64) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Zou wird seinen Posten als Vorsitzender der zentralen Planungskommission behalten. Er gilt als fähiger Technokrat mit Präferenzen für eine relativ starke Rolle des Plans innerhalb des Mischsystems von Plan- und Marktwirtschaft. Mit seiner Beförderung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten muß Zou als ein aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten gelten. Er scheint der Favorit des Planungsapparats und konservativ-orthodoxer Kräfte zu sein, wenn Ministerpräsident Li Peng (63) zurücktreten sollte.
- Ernennung von Zhu Rongji (62) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Zhu gab gleichzeitig seine Posten in Shanghai als dortiger Parteisekretär und Bürgermeister auf. Er gilt als marktwirtschaftlich orientierter Reformier. Seine Position in der Frage politischer Reformen ist

bisher nicht eindeutig zu klären. Auf jeden Fall zählt er nicht zu jenen Hardlinern, die im Mai/Juni 1989 den Einsatz der VBA gegen die Demonstranten forderten und durchsetzten. Zhu hatte damals als Bürgermeister von Shanghai den Einsatz der VBA oder der Bewaffneten Volkspolizei sogar öffentlich ausdrücklich abgelehnt. Mit seiner Beförderung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten muß Zhu als ein aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten eingeschätzt werden. Er gilt als Favorit von Deng Xiaoping und jener Gruppe von Reformkommunisten, die möglichst weitgehende marktwirtschaftliche Reformen befürworten, jedoch eine politische Liberalisierung strikt ablehnen. (Zur Biographie von von Zhu Rongji siehe den Beitrag von Liu Jen-kai in diesem Heft.)

- Ernennung von Außenminister Qian Qichen (63) zum Staatsratskommissar. Qian bleibt Außenminister.
- Wahl von Zhou Nan (63) zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des VII. NVK. Zhou ist Direktor des Hongkonger Büros der offiziellen staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua und damit der inoffizielle Botschafter der VRCh in Hongkong. Zhou Nan ist somit nicht nur in Hongkong sondern auch innerhalb des Ständigen NVK-Ausschusses zum Nachfolger von Xu Jiatus aufgestiegen, der wegen seines selbstgewählten Exils in den USA mittlerweile aus allen Partei- und Regierungsfunktionen entlassen wurde.
- Verabschiedung des "Grundrisses des Zehnjahrsplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" (Text in RMRB, 16.5.91).
- Verabschiedung der neuen Zivilprozeßordnung der Volksrepublik China (Text in RMRB, 14.4.91). Diese neue, erheblich erweiterte Zivilprozeßordnung umfaßt 271 Artikel und ist damit wesentlich detaillierter als die bisherige, die lediglich 205 Artikel umfaßte und neun Jahre lang versuchsweise Gültigkeit hatte.
- Verabschiedung des "Gesetzes der VRCh über Unternehmen mit Auslandskapital und über die Besteue-

rung der Unternehmen mit Auslandskapital" (Text und Erläuterungen in RMRB, 15.4.91). Das Gesetz tritt am 1. Juli 1991 in Kraft und ersetzt die beiden bisherigen Steuergesetze für chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen und für Unternehmen in ausschließlich ausländischem Besitz.

Fast gleichzeitig mit der diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses fand wie üblich die Plenartagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt (23.3.-4.4.91). Eine nennenswerte Entscheidung der 4. Tagung des VII. Nationalen Komitees der PKCV war die Wahl des Guangdonger Gouverneurs Ye Xuanping (67) zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Komitees der PKCV. Ye machte am Rande der Tagung deutlich, daß er gerne auch weiterhin Gouverneur von Guangdong bleiben möchte und daß er seine neue Position in der Zentrale als nicht sehr reizvoll empfindet. Ye zählte zu den schärfsten Kritikern des ursprünglichen Entwurfs des Zehnjahrsplans und des 8. Fünfjahrplans für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, der von der Zentralen Planungskommission ausgearbeitet worden war und eine weitgehende Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft vorgesehen hatte. -sch-

*(9)

Hintergründe der Entlassung von Bauminister Lin Hanxiong

Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* veröffentlichte in ihrer Mai-Ausgabe einen Artikel über die Hintergründe der Entlassung von Bauminister Lin Hanxiong. Wie berichtet war Lin Hanxiong auf der 18. Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses von seinem Amt entbunden worden (siehe C.a., März 1991, Ü 9). Über die Gründe für seine Entlassung war offiziell lediglich verlautet worden, daß Lin "gegen die [Partei-] Disziplin verstoßen" habe. Dem *Zhengming*-Artikel zufolge werden Lin Hanxiong folgende zwei Verhaltensweisen zur Last gelegt:

- 1) Lin soll eine große Zahl von Studenten und Kadern, die seinem Ministerium unterstanden und an den Demonstrationen im Frühjahr und

Frühsommer 1989 teilgenommen hatten, geschützt und die diesbezüglichen Untersuchungen behindert haben.

- 2) Lin soll für den historischen Roman *Weißer Schnee und rotes Blut* (Xuebai xuehong) vertrauliche Unterlagen zur Verfügung gestellt und sich für die Veröffentlichung des Romans aktiv verwendet haben.

Der Hauptgrund für die Entlassung von Lin Hanxiong soll seine Rolle bei der Abfassung und Veröffentlichung des Romans *Weißer Schnee und rotes Blut* gewesen sein, der den Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der Guomindang von 1945 bis 1949 zum Inhalt hat. Dieser historische Roman erschien im August 1989 und wurde sehr bald von einer Reihe von Spitzenpolitikern und Militärführern, wie Yang Shangkun, Wang Zhen, Jiang Zemin und Liu Huaqing, heftig kritisiert. Das Buch wurde verboten, sein Autor Zhang Zhenglong verhaftet und der Chefredakteur des Verlags der Befreiungsarmee Wang Wei entlassen.

Gegen das Buch wurden vor allem zwei Vorwürfe erhoben: Erstens prangere es die Brutalität des Krieges an, und zweitens "hebt es Lin Biao in den Himmel, wertet Mao Zedong ab und spricht von Verdiensten Jiang Jieshis [Tschiang Kai-schek]". Für ZK-Generalsekretär Jiang Zemin stellte das Erscheinen von *Weißer Schnee und rotes Blut* den Beweis dar, daß "wir den Einfluß der bürgerlichen Liberalisierung innerhalb der Armee nicht unterschätzen dürfen". Der Direktor der zentralen politischen Abteilung der VBA, Yang Baibing, ließ eine besondere Untersuchungsgruppe einsetzen, um die Verantwortung für die Abfassung und Veröffentlichung des Romans zu klären.

Die VBA-Untersuchungskommission kam zu dem Ergebnis, daß sehr viel geheimes Material über die Zeit des Bürgerkriegs und Lin Biaos militärische Aktivitäten im Nordosten Chinas (1945-1949) von Lin Hanxiong persönlich an den Autor Zhang Zhenglong weitergegeben worden war und daß sich Lin Hanxiong persönlich für die Veröffentlichung des Romans beim Verlag der Befreiungsarmee eingesetzt hatte. Hintergrund für das Engagement von Lin Hanxiong für *Weißer Schnee und rotes Blut* soll sein, daß Lin

Hanxiong die Absicht verfolgt habe, Lin Biao einen besseren Platz in der Geschichtsschreibung einzuräumen als dies bisher der Fall gewesen ist. Ein besonderes Motiv für eine positive Neubewertung von Lin Biao soll nach Information von *Zhengming* bei Lin Hanxiong allein schon deshalb bestehen, weil er ein Neffe von Lin Biao ist. Vater des 1929 geborenen Lin Hanxiong war nämlich Zhang Hao (alias Lin Yuying, 1896-1942), eines der ersten KPCh-Mitglieder und einer der frühen kommunistischen Führungskader in der Arbeiterbewegung, der zweifelsfrei mit Lin Biao verwandt war. Über den Grad des verwandtschaftlichen Verhältnisses von Zhang Hao zu Lin Biao (alias Lin Yurong, 1907-1971) liegen allerdings unterschiedliche Angaben vor: Sie reichen vom Cousin (Klein/Clark, Harrison) über Onkel (Zhang Guotao) bis hin zum Bruder (*Zhengming*).

Lin Hanxiong zählt wie viele der jüngeren politischen Führungspersonlichkeiten im Ministerrang zu der Gruppe der früheren Auslandsstudenten in der Sowjetunion, wo er von 1949 bis 1954 studierte. Danach arbeitete er, ebenso wie Li Peng, lange Jahre im Bereich Wasser- und Energiewirtschaft.

In den letzten Jahren war es innerhalb von Partei und Armee immer wieder zu Versuchen gekommen, eine Neubewertung von Lin Biao herbeizuführen. Unter den früheren Mitarbeitern und Untergebenen von Lin Biao herrscht seit langem Unzufriedenheit über die ihrer Meinung nach ungenügende Würdigung der militärischen Leistungen Lin Biaos vor 1949. Außerdem sind unter den politisch Interessierten immer noch erhebliche Zweifel an der parteioffiziellen Version des Sturzes von Lin Biao verbreitet. Nach wie vor gilt unverändert die noch von Mao Zedong abgesegnete Version, derzufolge Lin Biao im September 1971 nach einem gescheiterten Putschversuch mit einem Flugzeug in die Sowjetunion zu fliehen versuchte und über der Mongolischen Volksrepublik abstürzte. Um der offenbar weit verbreiteten Skepsis gegenüber dieser Darstellung entgegenzutreten, ließ die politische Führung schon vor geraumer Zeit verschiedene Berichte von Zeitzeugen, darunter auch der frühere chinesische Botschafter in der Mongolischen Volksrepublik, veröffentlichen. -sch-

*(10)
Offizielle Bilanz über die Strafverfahren gegen Teilnehmer der Protestbewegung 1989

Nach offizieller Darstellung sind in Beijing bisher insgesamt 787 Personen wegen ihrer Beteiligung an der Protestbewegung von 1989 vor Gericht gestellt worden: 715 wurden wegen Straftaten wie Körperverletzung, Sachbeschädigung, Plünderung, Brandstiftung und Totschlag verurteilt, während 72 wegen Aufwiegelei, Komplott zum Umsturz der Regierung und Versuch zum Sturz des sozialistischen Systems belangt wurden. Wie der stellvertretende Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Duanmu Zheng, und der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Ren Jianxin, am 2. bzw. 3. April mitteilten, sind die Verfahren gegen straffällig gewordene Teilnehmer an der Protestbewegung von 1989 im wesentlichen abgeschlossen. Es gäbe, so Duanmu Zheng auf einer Pressekonferenz, nur noch eine "sehr kleine Anzahl" von Inhaftierten, deren Fall noch nicht gerichtlich abgeschlossen sei. Ihre genaue Zahl kenne er aber auch nicht. (RMRB, 13.4.91; XNA, 3.4.91; BRU, 15/1991, S. 6; Le Monde, 4.4.91)

Der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, Ren Jianxin, behauptete in seinem Bericht auf der diesjährigen Tagung des Nationalen Volkskongresses am 3. April, daß alle Rechte der Beklagten in den Verfahren gegen Teilnehmer der Protestbewegung gewährleistet worden seien, darunter auch das Recht auf Verteidigung (RMRB, 13.4.91). Tatsächlich scheint es jedoch in den meisten Fällen den Beklagten nicht möglich gewesen zu sein, ihren Verteidiger selbst zu bestimmen. Und wo dies doch möglich war, wie im Fall von Chen Ziming und Wang Juntao, wurde offenbar massiver Druck auf die Verteidigung ausgeübt. Nach Darstellung des stellvertretenden Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs, Duanmu Zheng, übte die Regierung hingegen keinen Druck auf die Verteidiger der angeklagten Oppositionellen aus. Dies habe auch für die Verteidiger von Wang Juntao und Chen Ziming gegolten, die ihre Plädoyers völlig frei hätten vortragen können, fügte Duanmu Zheng hinzu. Es habe auch keinerlei Druck von seiten des Gerichts auf die Verteidigung gegeben: "Wenn es irgendwelchen Druck gegeben hat, dann ist er wahr-

scheinlich von der gesamten Gesellschaft gekommen." (SCMP, 3.4.91; Le Monde, 4.4.91; BRu, 16/1991, S. 5)

Der Darstellung von Duanmu Zheng, der nicht der KPCh sondern der Führung der Demokratischen Liga angehört, wurde von Freunden der beiden zu 13 Jahren Gefängnis verurteilten Oppositionellen widersprochen: Nach dem Prozeß gegen Wang und Chen seien die Lizenzen der beiden Anwälte von Chen Ziming, Ji Suwan und Gao Xiaofeng, vom Justizministerium eingezogen worden, so daß sie nicht mehr als Verteidiger bei Gericht arbeiten könnten. Sun Yachen, einer der beiden Verteidiger von Wang Juntao, wurde mitgeteilt, daß der Staat ihm keine Wohnung zuweisen werde, da er sich zu stark für seinen Mandanten eingesetzt habe. (SCMP, 3.4.91; Le Monde, 4.4.91)

Der Druck auf die vier Verteidiger von Chen und Wang war offenbar so groß, daß sie die Berufungsanträge gegen die alles andere als milden Urteile nicht stellen konnten bzw. wollten: Während die beiden Anwälte von Chen Ziming keine Lizenz mehr hatten, ließ sich Sun Yachen wegen dringender persönlicher Verpflichtungen entschuldigen, und Zhang Sizhi, der zweite Anwalt von Wang Juntao, schützte eine unaufschiebbare Reise in die Provinz vor. Doch auch mit anwaltlicher Hilfe wäre das Berufungsbegehren wohl abgewiesen worden, denn die politische Führung braucht einige Sündenböcke, um ein hartes Exempel zu statuieren. So lehnte das Oberlandesgericht Beijing Mitte März erwartungsgemäß die beiden Berufungsbegehren ab und bestätigte ohne Neuverhandlung die Urteile der ersten Instanz. Chen Ziming und Wang Juntao waren am 12. Februar in einem knapp eintägigen Schnellverfahren wegen Aufwiegelei zum Sturz der Regierung und zur Beseitigung des sozialistischen Systems zu je 13 Jahren Haft verurteilt worden. (SCMP, 8.3.91; J.Kahl in SZ, 4.4.91; siehe auch C.a., Februar 1991, Ü 12)

Die Ehefrau von Wang Juntao, die 32jährige Hou Xiaotian, die das Berufungsbegehren für Ihren Mann beim Gericht eingereicht hatte, wandte sich am 5. März in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses. Darin heißt es u.a.: "Abgeordnete, was macht Ihr eigentlich? Ist Euch denn noch nie bewußt

geworden, daß Ihr Eure Befugnisse nutzen könnt, um Unrecht zu beseitigen? Abgeordnete, ich bitte Euch: Nehmt Euch etwas Zeit, um die Stimmen jener zu hören, die unterdrückt sind." (J.Kahl in SZ, 4.4.91; Reuter in SCMP, 1.4.91, und Le Monde, 2.4.91) -sch-

*(11)

Weitere Prozesse gegen Oppositionelle

Erst am 9. April wurde in Beijing durch einen Prozeßzeugen bekannt, daß der 23jährige Student Chen Yanbin am 10. März wegen seiner Beteiligung an der Protestbewegung 1989 und nachfolgender oppositioneller Aktivitäten zu 15 Jahren Haft verurteilt worden ist. Der mitangeklagte Zhang Yafei soll 11 Jahre Haft erhalten haben (7 Jahre nach Reuter in SCMP und HAB, 19.3.91). Die beiden Studenten sollen wegen "Bildung einer illegalen Vereinigung" sowie wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Aufwiegelei" verurteilt worden sein. Die 15jährige Haftstrafe für Chen Yanbin ist - soweit bekannt - die bisher längste Haftstrafe, die gegen einen Teilnehmer der Protestbewegung verhängt wurde. Chen Yanbin war Student an der Beifang-Verkehrshochschule und hatte zusammen mit dem Qinghua-Studenten Zhang Yafei die Untergrundzeitschrift *Eiserner Strom* herausgegeben. Nach der Niederschlagung der Protestbewegung hatten die beiden eine sog. Demokratische Front Chinas gegründet. Erst im Herbst 1990 waren die beiden verhaftet worden. Die Haftstrafen sollen deshalb so hoch ausgefallen sein, weil sich beide weigerten, Reue zu zeigen. (dpa in SZ, 10.4.91; Reuter in SCMP, 10.4.91)

Ebenfalls erst im April wurden folgende Urteile bekannt:

- Am 5. Januar wurde der Beijinger Arbeiter Wang Jiansheng wegen konterrevolutionärer Verbrechen zu sechs Jahren Haft verurteilt.
- Am gleichen Tag erhielt in Beijing der Student Kong Xianfeng wegen des gleichen Delikts eine dreijährige Gefängnisstrafe.
- Bereits im August 1990 wurde der Beijinger Arbeiter Zhong Yinshan zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt, ebenfalls wegen Straftaten konterrevolutionären Charakters. (Reuter in SCMP, 10.4.91)

Zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde am 14. März der 24jährige Han Weijun, der am 4. Juni 1989 einen Schützenpanzer in Brand gesteckt haben soll (Reuter in SCMP, 19.3.91).

Am 8. März 1991 fand in Beijing ein Prozeß gegen Han Binglin wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Aufwiegelei" statt, über dessen Ausgang bisher nichts bekannt wurde (SCMP, 8.3.91).

Ebenfalls Anfang März wurden in Xi'an drei Oppositionelle wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Aufwiegelei" während der Protestbewegung von 1989 verurteilt:

- Li Guiren (48), früherer Chefredakteur des mittlerweile geschlossenen Huayue-Verlagshauses, zu fünf Jahren Gefängnis,
- Ma Hongliang, früherer Student am Institut für Hüttenwesen von Xi'an, zu vier Jahren Gefängnis, und
- Peng Ditang, Industriearbeiter und Mitglied der verbotenen Unabhängigen Gewerkschaft von Xi'an, zu drei Jahren Gefängnis. (Reuter in SCMP, 18.3.91)

Über die oben genannten Urteile wurde in der chinesischen Presse nicht berichtet. Dieser Umstand ist ein erneutes Indiz dafür, daß neben den offiziell bekanntgegebenen Verfahren eine nicht bekannte Anzahl von mehr oder weniger nichtöffentlichen Prozessen oder administrativen Strafverfahren gegen Oppositionelle stattgefunden hat (siehe hierzu auch C.a., Februar 1991, Ü 13). Ein weiteres Indiz hierfür ist, daß manche Oppositionelle, wie z.B. der Arbeiterführer Han Dongfang, auch viele Monate nach ihrer Verhaftung nicht wieder aufgetaucht sind.

Ob die Verfolgung und Bestrafung von aktiven Teilnehmern der Protestbewegung tatsächlich "im wesentlichen" beendet worden ist, wie dies von offizieller Seite nach außen hin behauptet wurde, bezweifelt zumindest ein Vater, der seinen Sohn nach der Niederschlagung der Protestbewegung zu Verwandten in die ferne Provinz geschickt hatte: "Es ist noch nicht vorbei. Ich kann ihn noch nicht nach Hause zurückerholen." (The Nation, 13.5.91)

Nicht näher benannten chinesischen Quellen zufolge soll bald das Verfahren gegen den bekannten Studentenfürer Wang Zhixin von der Hoch-

schule für Politik und Recht in Beijing eröffnet werden. Auch dem Kunststudenten Li Minqi solle in Kürze der Prozeß gemacht werden. (Reuter in SCMP, 18.4.91) -sch-

*(12)

Prominente Oppositionelle aus der Haft entlassen

In Shanghai wurde der frühere Beijinger Korrespondent des Shanghaier *World Economic Herald* (Shijie jingji daobao: Weltwirtschaftsbote), Zhang Weiguo, nach 20 Monaten Haft entlassen. Zhang war im Juni 1989 wegen seiner Beteiligung an der Protestbewegung verhaftet und seitdem im Shanghaier Gefängnis Nr. 1 festgehalten worden. Die Freilassung von Zhang kam überraschend, da die Behörden ihn noch im Februar 1991 für schuldig befunden hatten, "Anstiftung zur Konterrevolution" betrieben zu haben. (IHT, 6./7.4.91)

In Beijing wurden der Dramatiker Wang Peigong und sein Bekannter Dong Xiang nach 21 Monaten Haft im Qincheng-Gefängnis am 8. März 1991 in die Freiheit entlassen. Wang und Dong war vorgeworfen worden, dem in die USA geflohenen Studentenfürher Wu'er Kaixi Unterschlupf gewährt zu haben. Die beiden zählen zu einer siebenköpfigen Gruppe von Oppositionellen, die in Beijing Anfang März freigelassen wurden. Die Namen der fünf anderen aus der Haft entlassenen Personen sind nicht bekannt. (SCMP, 10.3.91; AW, 22.3.91, S. 42) -sch-

*(13)

Bevölkerungspolitische Ziele bis zum Jahr 2000

Während in dem Dokument über das Zehnjahres-Programm und den 8. Fünfjahrplan, das auf der 4. Sitzung des VII. NVK verabschiedet wurde (vgl. Wortlaut in RMRB, 16.4.91), die bevölkerungspolitischen Ziele nur allgemein angesprochen und keine konkreten Planziele genannt werden (vgl. Punkt 8 (2)), wurden konkrete Planzahlen auf einer Diskussionsveranstaltung über Familienplanung bekannt, die das ZK und der Staatsrat am 7. April in Beijing veranstalteten. Auf dieser Veranstaltung sprach ZK-Generalsekretär Jiang Zemin davon, daß die Bevölkerung Chinas bis 1995 wahr-

scheinlich die 1,2-Mrd.-Marke überschreiten und bis zum Jahr 2000 die 1,3-Mrd.-Marke erreichen werde (vgl. RMRB, 9.4.91).

In seiner Rede wies Jiang Zemin auf die Dringlichkeit des Bevölkerungsproblems hin. Dieses sei für China deshalb so gravierend, weil die Bedingungen der Nation durch eine hohe Bevölkerungszahl, einen Mangel an Agrarland, eine unzureichende Ausgangslage und einen verhältnismäßig geringen Pro-Kopf-Anteil an den natürlichen Ressourcen gekennzeichnet seien. Die große Bevölkerung und das schnelle Bevölkerungswachstum seien eine schwere Bürde, die den sozioökonomischen Fortschritt ernsthaft behindere und den Lebensstandard der Bevölkerung beeinträchtige. Selbst wenn sich China strikt an die Vorgaben der staatlichen Familienplanungs-Programme hielte, würde Chinas Bevölkerung bis 1995 immer noch auf mehr als 1,2 Mrd. anwachsen und bis zum Jahr 2000 sich einer Bevölkerungszahl von 1,3 Mrd. nähern. Wenn man die Zügel auch nur ein bißchen locker ließe, würde die Bevölkerung wahrscheinlich 1,3 Mrd. überschreiten, und diese Gefahr bestehe tatsächlich.

Als wichtigste Maßnahme zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums nannte Jiang Zemin die Verstärkung der Parteiführung auf dem Gebiet der Bevölkerungskontrolle. Die Familienplanung habe täglich auf der Tagesordnung der Parteikomitees aller Ebenen als wichtiger Punkt zu stehen, und die Leistungen der Parteikomitees und örtlichen Regierungen sollten nach den Erfolgen in der Familienplanung beurteilt werden. Im übrigen sollten die Parteimitglieder und Kader aller Ebenen mit gutem Beispiel vorangehen. Besonders hob er auch die Notwendigkeit der Erziehung der Bevölkerung in Fragen der Familienplanung hervor; hier sei vor allem das Bewußtsein für Geburtenkontrolle zu stärken und der Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Pro-Kopf-Anteil an den wirtschaftlichen Erträgen klarzumachen.

Ministerpräsident Li Peng, der ebenfalls auf der Veranstaltung sprach, führte aus, daß selbst bei einer Ausdehnung der Getreideproduktion auf 500 Mrd. kg bis Ende des Jahrhunderts der Pro-Kopf-Anteil daran auf dem gegenwärtigen Stand bliebe, weil die

Bevölkerung bis dahin auf 1,3 Mrd. angewachsen sein werde. Er forderte für das kommende Jahrzehnt, die jährliche natürliche Wachstumsrate auf durchschnittlich maximal 12,5 Promille zu begrenzen (ebd.). In den achtziger Jahren betrug die natürliche Wachstumsrate über 14,5 Promille pro Jahr. Angesichts des in den nächsten Jahren zum Tragen kommenden Babybooms der sechziger und siebziger Jahre wird es nur mit äußerster Anstrengung gelingen, die 1,3-Mrd.-Marke bis zum Ende des Jahrhunderts einzuhalten. -st-

Kultur

*(14)

Entwicklung des kulturellen Bereichs im letzten Jahrzehnt

Wie statistischen Angaben zu entnehmen ist, die die *Guangming-Zeitung* am 3.4.91 zur Entwicklung des kulturellen Bereichs in den achtziger Jahren veröffentlichte, hat sich die Reformpolitik insgesamt positiv auf die kulturelle Entwicklung ausgewirkt. Allerdings sind auch deutlich die Auswirkungen der nach den Juni-Ereignissen 1989 vorgenommenen Korrekturen zu spüren, die in einigen Bereichen zu einer rückläufigen Entwicklung geführt haben.

Am schnellsten haben sich *Funk und Fernsehen* entwickelt. Während es 1980 erst 106 Rundfunkstationen gab, wuchs ihre Zahl 1985 auf 213, 1989 auf 531 und 1990 auf 640 an. Die Zahl der Fernsehstationen stieg im selben Zeitraum von 38 (1980) über 202 (1985) und 469 (1989) auf 510 (1990). Der Rundfunk erreicht 74,7 Prozent, das Fernsehen 79,5 Prozent der Bevölkerung. Auch die Filmindustrie hat einen starken Zuwachs zu verzeichnen: In den achtziger Jahren wurden mehr Spielfilme (1.289 Stück) gedreht als in den drei vorausgegangenen Jahrzehnten; das waren 62 Prozent der gesamten Filmproduktion Chinas seit 1949. Positiv vermerkt wird, daß die Filme in bezug auf Inhalt, Form und Technik große Fortschritte gemacht haben.

Auf dem *Publikationssektor* ist die Entwicklung differenziert verlaufen. Die allgemeine Entwicklung wird da-